

Alfred Pfaller

Europäische Sozialdemokratie in der Klemme

Parteiensysteme haben sich entlang der großen politischen Streitfragen entwickelt und wandeln sich mit ihnen, wenn sich gesellschaftliche Interessenlagen verändern und neue Herausforderungen entstehen. Die Sozialdemokratie wird um eine Neu-Positionierung nicht herum kommen. Wie kann das gelingen? Welche Umstände sind dabei bestimmend?

Alfred Pfaller

(* 1942) ist Soziologe und Volkswirt, war verantwortlicher Redakteur von *Internationale Politik und Gesellschaft*, danach Vertreter der FES in Rumänien und der Moldau-Republik und arbeitet jetzt freiberuflich als gesellschaftspolitischer Berater.

alfred.aue@web.de



Die Sozialdemokratie hat das Leitbild der »sozialen Demokratie« entwickelt, das von den meisten Menschen gutgeheißen wird. Aber die Sozialdemokratie wird heute weithin nicht mehr als die politische Kraft wahrgenommen, die Fortschritt im Sinne dieses Leitbilds bewirken kann. Sie tut sich schwer, noch die Partei der Unterprivilegierten zu sein, als die sie einst angetreten ist. Und sie tut sich ebenso schwer, Wahlen zu gewinnen ohne die Stimmen der Unterprivilegierten. Denn mit fast allem, was sie außer ihrer sozialen Kernkompetenz auf dem politischen Markt anbieten kann, steht sie in harter Konkurrenz mit anderen Anbietern, die in der gesellschaftlichen Mitte von jeher weit mehr Stammkunden haben. Der Sozialdemokratie ist das Produkt des gesellschaftlichen Fortschritts abhanden gekommen, das sich einmal gut verkaufen ließ. Die Gründe hierfür liegen nicht primär bei der Sozialdemokratie und auch nicht bei veränderter politischer Nachfrage, etwa der Art, dass eine differenzierter gewordene und weniger in Milieus unterteilte Gesellschaft mit sozialdemokratischer Solidarität nichts mehr »am Hut hätte«. Die Gründe liegen vor allem bei den veränderten Bedingungen für die Herstel-

lung von Fortschritt. Die 60er und 70er Jahre gelten als die hohe Zeit sozialdemokratischer Gesellschaftsgestaltung. Damals wurden die europäischen Wohlfahrtsstaaten ausgebaut. Sozial integrierte Gesellschaften erwiesen sich als vereinbar mit der kapitalistischen Marktwirtschaft, sie waren die Zukunft.

All dies basierte allerdings auf Voraussetzungen, die nicht das Werk der Sozialdemokratie waren, nämlich der lange wirtschaftliche Aufschwung nach dem Zweiten Weltkrieg und das ihm zugrunde liegende »fordistische« Muster der kapitalistischen Akkumulation (steigende Produktivität, steigende Masseneinkommen, steigende Massennachfrage, hohes wirtschaftliches Wachstum). Wohl waren die New-Deal-Demokraten in Amerika oder auch die schwedischen Sozialdemokraten Pioniere einer neuen vollbeschäftigungsträchtigen Wirtschaftspolitik. Der europäischen Sozialdemokratie insgesamt jedoch erwuchs ohne viel eigenes Zutun eine ideale ökonomische Basis für ihre arbeitnehmerzentrierte soziale Gerechtigkeitsagenda. Ihr Verdienst war es, dass sie das Fortschrittspotenzial der günstigen ökonomischen Großwetterlage wahrnahm und ausreizte, während ihren Gegnern vielfach die Rolle der konservativen Bremser zukam.

Aus verschiedenen Gründen hielt jedoch die ökonomische Basis des Fortschrittsoptimismus nur eine begrenzte Zeit und wurde von neuen Marktentwicklungen (Globalisierung in all ihren Dimensionen, Informatikrevolution, Rück-

gang der Industriebeschäftigung u.a.) regelrecht überrollt. Die politische Auseinandersetzung wurde in der Folge von der neoliberalen Gegenoffensive bestimmt. Der Widerstand gegen sie wurde zwar prägend für das sozialdemokratische Selbstverständnis. Gleichzeitig aber sickerte nach und nach die Erkenntnis durch, dass die wirtschaftspolitischen Waffen aus den glorreichen 60ern und 70ern stumpf geworden waren und immer weniger dazu taugten, den Werten der sozialen Demokratie in der neuen wirtschaftlichen Realität Geltung zu verschaffen. Anpassung war unvermeidbar.

Pragmatische Konzentration auf das machbar Erscheinende

In einer Reihe von Ländern führte sie dazu, dass die soziale Gerechtigkeits- und Humanisierungsgenda gestutzt und wachsende soziale Ungleichheit nolens volens

akzeptiert wurde. In ihrer »pragmatischen« Konzentration auf das machbar Erscheinende näherte sich die Sozialdemokratie zunehmend den »bürgerlichen« Parteien an, die ihrerseits bestrebt waren, Volksparteien zu sein und nicht Kampfbündnisse für neoliberale Marktorthodoxie. In Großbritannien hingegen waren die Konservativen just zu diesem geworden und ermöglichten damit dem neuen Pragmatismus der Labour Party die Profilierung als »Dritten Weg«.

In anderen Ländern verstand es die demokratische Linke, bisweilen in Kooperation mit »bürgerlichen« Volksparteien, den neuen ökonomischen Sachzwängen ohne nennenswerte Abstriche an den sozialdemokratischen Kernanliegen gerecht zu werden. Der Schlüssel hierzu waren angemessene Arbeitsmarkt- und Sozialstaatsinstitutionen, deren Etablierung anderswo bislang als eine zu radikale Veränderung angesehen wurde. Allerdings hat es sich auch gezeigt, dass sozialdemokra-

tische Substanz kaum noch zur politischen Profilierung taugt, wenn der politische Gegner diese (zumindest scheinbar) weitgehend übernimmt. Wenn soziale Integration nicht zur Disposition steht, wird sie auch nicht (mehr) als politisches Interesse artikuliert. Andere Anliegen treten nach vorn, die im Leitbild der sozialen Demokratie bisher eventuell zu kurz kamen (z.B. individuelle Wahlfreiheit und Identitätsfragen).

Neuer Kontext für Profilierung

Für die Positionierung der Sozialdemokratie im europäischen Parteiengefüge sind heute drei Umstände bestimmend:

Erstens sind die fundamentalen Kontroversen darüber, welche Richtung die gesellschaftliche Entwicklung nehmen soll, in den Hintergrund getreten, jetzt nachdem der ungezügelte Marktenthusiasmus an seinen eigenen Unzulänglichkeiten gescheitert ist. Der Sozialdemokratie bietet der Neoliberalismus keine überzeugende Profilierungsfolie mehr.

Zweitens stellen sich der Politik eine Reihe großer Herausforderungen, in Bezug auf die man sich nicht grundsätzlich positionieren, sondern allenfalls temporäre Sensibilisierungs- und Kompetenzvorsprünge vor dem politischen Gegner reklamieren kann (etwa weil dieser noch auf spezifische Klientelinteressen fixiert ist oder mit populistischer Problemverniedlichung punkten will). Hierzu gehören die begrenzte Belastbarkeit der Umwelt, die Krisenträchtigkeit der Weltwirtschaft, die aggressiven Energien und Bedrohungen, die von den globalen Ungleichheiten ausgehen, die Alterung unserer Gesellschaften u.a. Die Sozialdemokratie kann in diesen Feldern, die für die Wähler einen immer höheren Stellenwert haben, Kompetenzvorsprünge anstreben. Aber das werden ihre politischen Gegner auch tun.

Drittens haben sich Problemlagen aufgebaut, für die die Politik (einschließlich der Sozialdemokratie) vielerorts keine Lösungen zur Hand hat, die aber zunehmende Unzufriedenheit hervorrufen. Zu nennen sind die Abkopplung ganzer Bevölkerungsgruppen von der Leistungsgesellschaft und ihrer zunehmenden Prosperität sowie die von manchen so empfundene »Überfremdung« der eigenen Lebenswelt durch den Zuzug von Menschen aus anderen Kulturen. Hinzu kommt eine von Vielen empfundene wachsende Kluft zwischen Bürgern und Politik. Die Folgen sind Politikverdrossenheit auf der einen Seite und das Erstarren populistischer Protestparteien auf der anderen – beides zu Lasten insbesondere auch der Sozialdemokratie.

Eingeklemmt zwischen der stark umkämpften Mitte, in der sie sich nur schwer profilieren kann, und populistischen Positionen, die sie nicht teilen will, tendiert die Sozialdemokratie zu einer politischen Kraft im Wartestand zu werden: wartend, dass der Gegner sich verschleißt oder grobe Fehler macht und ihr frustrierte Wähler der Mitte überlässt. Gleichzeitig dürfte die wachsende Entfremdung von den »einfachen« Leuten, die an der sozialdemokratischen Identität zehrt, die Versuchung stärken, selber populistischer zu werden, was aber allenfalls kurzlebige Erfolge bringen würde, da die populistischen Versprechungen eben nicht mit »robusten« Konzepten unterfüttert sind.

Aber die Antwort auf die populistische Herausforderung kann sich auch nicht auf ein »so geht es nicht« beschränken. Der Weg aus der Sackgasse läge in einem tragfähigen Konzept, die Verlierer der großen »postfordistischen« Transformationen wieder an die Mitte heran zu führen. Die Skandinavier haben exemplarisch gezeigt, dass so etwas auch heute möglich ist. Bleibt freilich immer noch der xenophobische Diskurs der Populisten, auf den soziale Inklusion aber wenigstens eine Teilantwort darstellt.